

Saale-Zeitung.

Anzeigen

werden die Spalte...

Wekamen die Zeile 60 Pfg.

Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Bestellung 2,75 M., durch den Post 3 M., monatlich 1 M., einmonatlich 30 Pf., alle Postgebühren werden von dem Abnehmer zu zahlen...

Nr. 297. Halle a. d. Saale, Freitag den 28. Juni. 1895.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalmeldungen.

Kiel, 27. Juni. Das Besinden der Kaiserin ist fortwährend ein vorzügliches. Der Kaiser beschäftigt mit der Vorbereitung nach, sich zunächst nach Schloss Lillgaru zu begeben...

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses.

XX Berlin, 27. Juni. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ist bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Verpflegungssituationen zu einem Zusammenstoß zwischen dem Finanzminister und dem aus dem größten Theil der Konservativen, Centrum und einem Theil der Nationalliberalen bestehenden Christen gekommen...

Die neuen Bahnerbauprojekte.

Die Subkommission des Abgeordnetenhauses hat wie vorhergesehen vor, am Donnerstag der Vorlage, betreffend den Aufbau der Weimar-Grera Eisenbahn, beendigungslos zugestimmt...

Ein Staatsverbrechen.

Der Abgeordnete v. Kardorf hatte bei der Debatte über die Irrenanstalten am letzten Donnerstag in der Hitze des Gefechts von dem in irgend einem kleinen Anbau, Weimar oder Neuß, bestehenden Irrenanstalten gesprochen...

Deutsche Panzerschiffe nach Marokko.

Wie die Post hört, werden in kürzester Frist der Kreuzer Kaiserin Augusta, der Panzer Fagen und das Schulschiff Stoich nach Marokko abgehen.

Verdrängende Mittelstellungen.

Nach einer Meldung der „Samburghischen Wochenscheide“ genügt die Det forende Dampfschiffstabs in Koppenhagen demnach eine regelmäßige Dampferverbindung zwischen Danzig und Hamburg durch den Kaiser Wilhelm-Kanal einzurichten...

Die Absicht der Sachverständigen nach Oesterreich zum Zweck des Studiums der dort mit der Zwangsorganisation des Sanatoriums gemachten Erfahrungen existiert bekanntlich einen Monat. Einer der Herren hatte zuvor andere Arbeiten abzuwickeln; außerdem aber lag auch die definitive Antwort der österreichischen Behörde noch nicht vor...

Es ist a. d. Nr. 27. Juni. In der heutigen Sitzung der Strafkammer wurden Schröder, Wolfender, und Meyer, Kassierer des sozialdemokratischen deutschen Berg-

arbeiter-Verbandes unter dringendem Verdachte des Meineides verhaftet. * Münsterberg i. Schl., 27. Juni. Bei der Landtags-Erkaufwahl in dem 9. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Breslau (Kronenstein-Münsterberg) wurde nach amtlicher Feststellung Herr Lager in Warau, Kreis Münsterberg (Centrum) mit sämmtlichen abgegebenen 215 Stimmen gewählt.

Nachklänge zu den Kaiserfeierlichkeiten.

Denke liegen uns noch folgende telegraphische Meldungen vor:

Kiel, 27. Juni. In dem gestrigen Diner an Bord der „New York“ hat dem Kommandanten des amerikanischen Geschwaders Admiral Kirkland neben außer dem Kaiser und dem Prinzen Heinrich auch der kommandierende Admiral Scherer, der Vice-Admiral Fischer und Admiral und Contre-Admiral Schiffe; auch war der Flügeladjutant des Kaisers und Chef des Marine-Kabinetts Contre-Admiral Greb, v. Senden-Möran anwesend. Der Kommandant des amerikanischen Flaggschiffes „New York“, Kapitän Evans, hatte dem Kaiser berichtet, daß das schnellste Kreuzboot seines Reichsflottes nach der kleinen Tochter des Kaisers Victoria benannt werden dürfte, was der Kaiser gestattet hatte...

Der Kaiser erwiderte, indem er dem Admiral Kirkland erwiderte, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Dank dafür zu übermitteln, daß die amerikanischen Schiffe zur Kaiserfeier erschienen seien, er freue sich, daß es den Amerikanern hier gefallen habe. Der Kaiser schloß mit einem Satz auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten. Die Laie verließ in angeregter Stimmung. Als der Kaiser die „Newport“ verließ, intonirte die Schiffsgapelle die Nationalhymne und die Beflagung brachte ein dreifaches Guck aus.

Kiel, 27. Juni. Im Vor der „Hofenagelern“ fand heute eine Mittagsbesprechung von ungefähr 80 Gedecken statt. Am Morgen hatte der Kaiser einer internen Klubbesprechung bei Boote von Kriegsschiffen auf der Fleck Bucht beigewohnt.

Samburg, 27. Juni. Der Senat erklärt im heutigen Antragsrat eine Bekanntmachung, durch welche der hamburger Bürgerrecht der Daim des Kaisers und der Kaiserin für die festlichen Veranstaltungen bei der Kaiserfeier ausgedehnt wird.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Das „Freidenkblatt“ stellt in einer Erörterung der armenischen Reformfrage fest, daß Oesterreich-Ungarn, ohne an der Aktion der Mächte theilzunehmen, seinen Einfluß in Konstantinopel dahin geltend gemacht habe, die Pforte für die Annahme der Forderungen der Mächte zu bestimmen, und zwar mit dem Hinweis, daß dies auch den Interessen der Türkei selbst am besten entspräche, deren finanzielle und wirtschaftliche Kraft hierdurch gestärkt würde. Die guten Absichten des Sultans seien bisher unangeführt geblieben. Die kalte Wendung der Frage sei auch zur Behebung von Zweifeln in anderen Theilen des Reiches wünschenswerth, die zwar keine Gefahr böten, aber unangenehm empfunden würden. Den Vorgesetzten in Maccedonien könne wohl keine ernste Bedenken beigegeben werden, zumal die bulgarische Regierung die Möglichstes thue, jeden Zugzug aus Bulgarien zu verhindern. Alles bisher für die Bulgaren in Maccedonien Erreichte sei der freundschaftlichen Verwendung der bulgarischen Regierung in Konstantinopel zu verdanken. Die bulgarische Regierung wäre aus selbst beraten, wenn sie diesen Weg verließ. Andererseits wäre es höchst ungerecht, die Pforte anzulagen, wenn nicht alles liberal so bestellt sei, wie es sein sollte, da auch in West-Europa zuweilen Reformbestrebungen selbst bei den besten Absichten an dem trivialen Mangel der nötigen Mittel scheiterten, doch sei der baldige Abschluß der armenischen Frage wünschenswerth.

England. Im Oberhause sührte am Donnerstag Lord Salisbury aus, er beabsichtige nicht, eine Erklärung über die Politik des neuen Kabinetts abzugeben, da die Zeit hierfür noch nicht gekommen sei. Die Regierung habe augenblicklich nur eine Politik, nämlich sobald als möglich das Parlament aufzulösen. Er hoffe, daß die Auflösung am 8. oder 9. Juli stattfinden werde. Die Regierung werde alles, was sie könne, thun, um die Entscheidung der Wähler zu beschleunigen, die allein die Linie der zu befolgenden Politik vorgehen könnte. Lord Rosebery erklärte, er wäre überglücklich, daß die Regierung ihre Politik von der Auflösung abhängig machen wollte; die vorige Regierung sei bereit gewesen, ihre Politik dem Urtheile des Landes zu unterwerfen, die gegenwärtige Regierung wolle aber nur ein leeres Wort abgeben. Die gegenwärtige Regierung habe eine Erklärung, warum Lord Salisbury den bisherigen Kriegsminister Campbell Bannerman am Dienstag habe auffordern lassen, die Siegel seines Amtes auszugeben, was ein ungewöhnliches Verfahren wäre. Lord Salisbury erwiderte, die Opposition müßte warten, bis die Regierung gebildet wäre, ehe eine Erklärung bezüglich der Politik abgegeben werden könnte. Bezüglich des Kriegsministers habe er geglaubt, es sei im Interesse der wichtigen Obliegenheiten des Kriegsministeriums wünschenswerth, daß dort kein Interregnum eintrete, vielmehr dieser Posten sofort besetzt werde. Er wäre in rein freundschaftlicher Verbindung mit Campbell Bannerman geblieben, als er ihn durch seinen Privatsekretär fragen ließ, ob es ihm genehm wäre, ihm die künftigen Amtsfragen über auszubringen,

und ob er, wenn er wünsche, die Reise nach Windsor zu vermeiden, dieselben durch den Privatsekretär überbringen lassen wolle. Eine Weidigung Campbell Bannermanns sei nicht beabsichtigt gewesen, nichts hätte seiner Absicht ferner geleitet, als gegen Campbell Bannermann unzufällig zu sein. Lord Rosebery erklärte sich durch die Antwort Lord Salisbury's für befriedigt. Das Hans vertagte sich jedoch am Freitag.

Stalien. Cavallotti erklärt in einem Schreiben im „Don Erisicotte“, er werde die durch seine Veröffentlichung gegen Crispi in Rebe gestiftete Ungelegenheit vor die Gerichte bringen. In der Deputirtenkammer brachten am Donnerstag Subriani und Demicco zwei Anträge über den Prozeß Giolitti ein. Darauf wurde die Sitzung ohne Zwischenfall geschlossen.

Frankreich. Die betreffende Kommission der Kammer beschloß die aus den südwestlichen Departementen eingegangenen Petitionen betr. die Erbauung eines Kanals vom Atlantischen zum Mitteländischen Meere dem Arbeitsminister mit dem dringenden Ersuchen zu überweisen, das Kanalprojekt prüfen zu lassen, damit die Kammer im nächsten Jahre darüber berichten könne. Die Kaiser Wilhelm-Kanal-Vorhaben Deutschlands lassen offenbar Frankreich nicht ruhen.

Belgien. Die Repräsentantenkammer beabsichtigte am Donnerstag unter Beistand von den Sozialisten hervorgerufenen Anwalte die Verabreichung der vorläufigen Maßnahmen für den Kongo. Vor der Abstimmung verließen die sozialistischen Deputirten den Saal. Die Kammer genehmigte alsdann mit 71 gegen 16 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen die Rückzahlung der Schuldforderung an die Brönne de Fröge und bewilligte ferner mit 66 gegen 15 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen das hypothetische Anleihen für die Kongo-Eisenbahngesellschaft.

Schweiz. Nachdem der Nationalrat und der Ständerath sich über die Revision der Bundesverfassung bezüglich Übertragung des Militärwesens an die Eidgenossenschaft geeinigt haben, wird diese Revision im Laufe dieses Jahres der Volksabstimmung unterbreitet werden, so daß die neue Organisation des getauenten Heerwesens bis 1897 ausgearbeitet und in Kraft gesetzt werden kann.

Napland. Bei dem Kaiserpaar ist der Eintritt eines freubigen Familienereignisses Ende Oktober zu erwarten.

Serbien. Anger dem Uebereinkommen mit der Antiquengruppe betr. der Konversion wird der Haupting ein besonderer Gesandtschaft über die autonome Verwaltung der Monopolverwaltung vorgelegt werden.

Türkei. Nach bereits erwähnten Konstantinopeler Berichten erweist sich die Verfassung gegen das Palais unangenehm und erster als die offiziellen türkischen Druckschriften erkennen lassen. In der Verfassung waren sowohl Militär-Schüler als Soldats und Ulema beiegtelt. Ein reguläres Komitee, aus 10 Personen bestehend, stand an der Spitze der Verfassung, welche in einer Ueberrichte (mohammedanische höhere Schule) nächst dem Palais ziemlich viele Waffen angeammelt hatten, um von dort in das Palais einzudringen. Grund der Verfassung ist das Erwachen des alttürkischen Fanatismus darüber, daß der Sultan den christlichen Mächten nicht energisch entgegentritt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

81. Sitzung vom 27. Juni, 11 Uhr. Die Wahlen der Abgeordneten Meyer zu Selhausen und Dr. Arling (2. Witten) und des Abg. v. Baumbach (8. Kessel) werden für gültig erklärt. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Verpflegungssituationen. § 1 stellt das Prinzip fest, daß an geeigneten, in angemessener Entfernung von einander liegenden Orten nach Bedürfnis, Verpflegungssituationen einzurichten sind, wo mittellose, arbeitssuchende, Arbeit suchenden Männern gegen Arbeitsleistung vorübergehende Verpflegung und Nachtlager gewährt wird. Die Kommission fügte ferner die Bestimmung hinzu, daß von der Arbeitsleistung in besonderen Fällen, worüber § 8 näheres festsetzt, Abstand genommen werden kann.

Abg. Dr. v. Bechtel (14.) bemerkt, seine Partei wolle ihre Zustimmung zum Gesetz von der Annahme von ihr getheilter Anträge zu § 2 und § 6 abhängig machen. Besonders wichtig sei die Frage, ob ein Staatszuschuß gewährt werden sollte. Dieser sei die notwendige Voraussetzung der Kommissionsvorschlüge. Die Kommission wolle die Frage an die Regierung, ob sie einen Staatszuschuß bewilligen wolle. Finanzminister Dr. Winter: Ich kann Sie nur bitten, den § 3 (in § 3 wird nach dem Kommissionsvorschlag festgelegt, daß der Staat ein Drittel der Kosten für die Verpflegungssituationen zu tragen hat, abzuheben und die Zahlung der Regierungsvorlage wiederherzustellen. Namens der Staatsregierung erklärte ich, daß in anderen Fällen das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet sein würde. (Anruhe rechts).

Wir erörtern in dem Vorjahr der Vorlage eine sehr wesentliche sozialpolitische Aufgabe und werden bedauern, wenn lediglich wegen dieses Antrages, der seitens der Kommission an den lehrenden Gremien sind folgende: Zweck erreicht es von rein finanziellen Standpunkt aus bedenklich, den Staat, nachdem er jedoch den Kommunen bedeutende Einnahmeverluste überweisen hat (Anruhe rechts) und ihnen dadurch die Aufgaben der Selbstverwaltung erleichtert hat, nunmehr mit einer Ausgabe von 700,000 M. zu beladen, die gegenüber der jetzigen Finanzlage des Staats am allerwenigsten berechtigt wäre. Nach der gegen Konstitution unserer Verwaltungsverwaltung liegt die Hauptaufgabe innerhalb der Gesamtverwaltung liegt die Haupt-



frage für Arme und Stülpe in Preußen den Gemeinden, Kreisen und Provinzen ob, und der Staat hat früher sehr erfolgreiche Mittel gerade den Provinzen zu diesem Zwecke überwiesen. Ich würde es für einen sehr bedeutenden Schritt halten, wenn der Antrag gemacht würde, den Staat in diesen Verwaltungsbezügen heranzuziehen, so man sich die Kosten zu werden konsequenzen das führt. Der Schritt würde um so bedeutender sein gegenüber vielfach hervortretenden Tendenzen, auch auf diesem Gebiet zu größerer Centralisation zu kommen, während wir ungeachtet stets in Abereinrichtung mit dem Staat an dem Gedanken festhalten, daß dieser der Zentralisation eine zweckmäßige Centralisation des Geistes. Wir würden eine solche Centralisation grundsätzlich. Wenn die vom Staat ein Drittel der Kosten verlangen, so ist die notwendige Einsparung, der der Staat entweder in die Lage kommt, diesen Zuschuß zu leisten, ohne auf die ganze Verwaltung einzugehen zu können, oder aber getätigt wird, in dieser Verwaltung eine maßgebende Stellung einzunehmen, b. der Selbstverwaltung eine starke bürokratische Einmischung zu geben. Obwohl die Kommission ja demnach gewesen ist, die Einmischung der Staatsbehörden auf diesem Gebiet möglichst zurückzubringen, werden selbst nach ihren Beschlüssen die staatliche Einmischung eine sehr erhebliche sein und in einer mehr regulierenden Weise gehandhabt werden, als wenn der Staat finanziell bei der Sache nicht beteiligt ist.

Es scheint mir vor allem, als wenn in der Kommission die Gegner des Prinzips des Geistes sich mit den Freunden dadurch verständigt haben, daß sie bereit sind, auf dieses Gebiet heranzuziehen, die Sache auf die allgemeine Staatskasse zu wälzen (Hetzerei und Zustimmung). Die Übernahme eines Theils der Kosten auf den Staat müßte dahin führen, daß einzelne Provinzen, welche geringe Ausgaben hätten, überlastet werden, während diejenigen, welche nach ihren Verhältnissen wirtschaftlichen Verhältnissen höhere Kosten zu bezahlen hätten, nur geringere Beiträge zu leisten. Die Übernahme der Kosten auf den Staat müßte dahin führen, daß einzelne Provinzen, welche geringe Ausgaben hätten, überlastet werden, während diejenigen, welche nach ihren Verhältnissen wirtschaftlichen Verhältnissen höhere Kosten zu bezahlen hätten, nur geringere Beiträge zu leisten. Die Übernahme der Kosten auf den Staat müßte dahin führen, daß einzelne Provinzen, welche geringe Ausgaben hätten, überlastet werden, während diejenigen, welche nach ihren Verhältnissen wirtschaftlichen Verhältnissen höhere Kosten zu bezahlen hätten, nur geringere Beiträge zu leisten.

Minister Miquel erklärt demgegenüber die Negationsvorlage für besser. Ein zu hoher Zuschuß der Provinzen verleihe ein unzulänglichere Einrichtung der Verpflegungseinrichtungen.

Im Verlauf der weiteren Debatte erklären sich die Abgeordneten v. Kardorff und Dr. Gerlach (H.) als prinzipielle Gegner der Verpflegungseinrichtungen. Abg. Gerlach führt aus, er habe sich schlechte Meinung angeeignet und auf der Grundlage mit den Vätern gesprochen. In habe sich ergeben, daß die Stationen überhaupt nur im Interesse der Provinzen zu bestehen, und zwar nur im Interesse der Provinzen, die die Stationen überhaupt nicht möglich ist.

Abg. Barthold (H.) tritt für die Aufrechterhaltung der Verpflegungseinrichtungen ein. Die Erfahrungen der letzten Jahre bewiesen haben, ein großer Gewinn; ferner sind die Landesverwaltungen und die Provinzen durch die Verpflegungseinrichtungen und die Stationen überhaupt nicht möglich ist.

Abg. v. Dueren (H.): Ich empfehle Ihnen zunächst die Annahme der Kommissionsvorlage in der Voraussetzung, daß sich zwischen der zweiten und dritten Lesung eine Verständigung erzielen läßt. Die Vorlage des Abg. Barthold halte ich nicht für richtig, da ich fürchte, daß hierdurch den Landverwaltungen eine große Konturrenzen entstehen wird. Ich erkenne den Wert der Verpflegungseinrichtungen vollkommen an.

Abg. Barthold (H.): Sie uns haben die Verpflegungseinrichtungen lediglich das Bagagedeumtum gefördert. Die Zentralität und die Freiheit müssen in erster Linie beachtet werden, wenn die Verpflegung einrichtungen sein sollen. Der Staat ist sehr wohl in der Lage, Arbeiterkolonien zu schaffen, wozu man die Arbeitskolonien nicht ist eventuell mit fräftigem Nachdruck zur Arbeit zwingt. Ich bitte, den § 1 abzulehnen, falls sich die Regierung nicht mehr entgegenkommt.

Abg. v. Dueren (H.): Ich bitte für sich haben die Verpflegungseinrichtungen einrichtungen sein sollen. Der Staat ist sehr wohl in der Lage, Arbeiterkolonien zu schaffen, wozu man die Arbeitskolonien nicht ist eventuell mit fräftigem Nachdruck zur Arbeit zwingt. Ich bitte, den § 1 abzulehnen, falls sich die Regierung nicht mehr entgegenkommt.

Abg. v. Dueren (H.): Ich bitte für sich haben die Verpflegungseinrichtungen einrichtungen sein sollen. Der Staat ist sehr wohl in der Lage, Arbeiterkolonien zu schaffen, wozu man die Arbeitskolonien nicht ist eventuell mit fräftigem Nachdruck zur Arbeit zwingt. Ich bitte, den § 1 abzulehnen, falls sich die Regierung nicht mehr entgegenkommt.

Abg. Dr. Langehans (H.): Ich vernehme nicht, daß die Regierung die materielle Hilfe in einer Zeit verweigert, die nach ihrem eigenen Ausdruche von eminent großer Wichtigkeit in sozialer Hinsicht ist. Wenn sie sagt, daß sie keine Mittel hat, so ist das eine unbedeutende Sache, denn die Mittel sind vorhanden, so erkennt sie einfach die Wichtigkeit des Geistes nicht an. Verlangt bitte ich Sie, das Geis zu annehmen, wie es aus der Kommission hervorgegangen ist. Wir wollen doch leben, und die Regierung es wagen wird, ihre Unterthänigkeit zu zeigen, wenn das Geis nicht in einer Weise erfolgt, die den Staat zu einer Mittel hat, so ist das eine unbedeutende Sache, denn die Mittel sind vorhanden, so erkennt sie einfach die Wichtigkeit des Geistes nicht an.

ständigheit von allen Seiten hören. Man sollte deshalb diese Leute ähnlich beschäftigen, wie wir es in Berlin thun. Wir geben den Korrigenden, deren durchsichtige Arbeitkraft freilich nur ein Schiel bis zu einem Drittel der gewöhnlichen betrißt, Arbeit auf den Arbeitsfeldern. In gleicher Weise könnte auch der Staat die Korrigenden beschäftigen, die die Erfahrung der Regierung nicht als eine ständige auszuweisen ist. Nehmen Sie deshalb der Entwurf in der Kommissionsfassung an, aber nur als einen ersten Anfang, der noch weiter ausgebaut werden muß, um etwas Erhebliches zu erreichen. (Beifall.)

Die Debatte wird nunmehr geschlossen. Der der Kommission wurde zunächst die Worte „Gemäß § 8“ ausgesprochen. Eine diese Worte wird § 1 mit geringer Modifikation angenommen. Sammlische Vorlesen stimmten geteilt. Von den Konterpartnern stimmte die Mehrzahl ab § 1.

Abg. v. Dueren (H.) stellt und begründet einen Antrag, wonach Einrichtung, Unterhaltung und Verwaltung der Verpflegungseinrichtungen Angelegenheit der Kreise, die Bestimmung darüber, auf welchen Orten Verpflegungseinrichtungen einzurichten sind, dem Provinzialparlament überlassen werden soll, sowie der Betrag von Verpflegungseinrichtungen, Unterhaltung und Benutzung der Stationen, über die Wander- und Arbeitsordnung und die Aufsicht über deren Durchführung dem Staat zu übertragen ist.

Abg. Gerlach (H.) tritt für den Antrag ein und erklärt sich im Prinzip gegen staatliche Regelung der Verpflegungseinrichtungen. § 2 wird in der vom Abg. v. Dueren beantragten Fassung angenommen. Nach § 3 der Kommissionsfassung sind den Kreisen alljährlich ein festgesetzter Betrag zu bewilligen, zwei Drittel der Kosten aus der Staatskasse zu decken, ein Drittel aus der Provinzialkasse zu decken. Der Staat Berlin soll seitens des Staates nur $\frac{1}{2}$ erstattet werden. (Die Negationsvorlage verteilte die Kosten auf gleichen Theilen auf Provinz und Kreis.)

Abg. v. Dueren (H.) beantragt Wiederberathung der Negationsvorlage in der Form, daß von den Kreisen ein Drittel, von den Provinzen zwei Drittel der Kosten getragen werden.

Minister Miquel erklärt demgegenüber die Negationsvorlage für besser. Ein zu hoher Zuschuß der Provinzen verleihe ein unzulänglichere Einrichtung der Verpflegungseinrichtungen.

Im Verlauf der weiteren Debatte erklären sich die Abgeordneten v. Kardorff und Dr. Gerlach (H.) als prinzipielle Gegner der Verpflegungseinrichtungen. Abg. Gerlach führt aus, er habe sich schlechte Meinung angeeignet und auf der Grundlage mit den Vätern gesprochen. In habe sich ergeben, daß die Stationen überhaupt nur im Interesse der Provinzen zu bestehen, und zwar nur im Interesse der Provinzen, die die Stationen überhaupt nicht möglich ist.

Unter Ablehnung des Antrages Dueren wird § 3 in der Kommissionsfassung, also mit dem Staatszuschuß angenommen. § 7 und 8 werden entsprechend dem § 7 angenommen. Antrag Dueren geteilt.

Abg. Barthold (H.) erklärt demgegenüber die Negationsvorlage für besser. Ein zu hoher Zuschuß der Provinzen verleihe ein unzulänglichere Einrichtung der Verpflegungseinrichtungen.

Im Verlauf der weiteren Debatte erklären sich die Abgeordneten v. Kardorff und Dr. Gerlach (H.) als prinzipielle Gegner der Verpflegungseinrichtungen. Abg. Gerlach führt aus, er habe sich schlechte Meinung angeeignet und auf der Grundlage mit den Vätern gesprochen. In habe sich ergeben, daß die Stationen überhaupt nur im Interesse der Provinzen zu bestehen, und zwar nur im Interesse der Provinzen, die die Stationen überhaupt nicht möglich ist.

Abg. Gerlach (H.) tritt für den Antrag ein und erklärt sich im Prinzip gegen staatliche Regelung der Verpflegungseinrichtungen. § 2 wird in der vom Abg. v. Dueren beantragten Fassung angenommen. Nach § 3 der Kommissionsfassung sind den Kreisen alljährlich ein festgesetzter Betrag zu bewilligen, zwei Drittel der Kosten aus der Staatskasse zu decken, ein Drittel aus der Provinzialkasse zu decken. Der Staat Berlin soll seitens des Staates nur $\frac{1}{2}$ erstattet werden. (Die Negationsvorlage verteilte die Kosten auf gleichen Theilen auf Provinz und Kreis.)

Abg. v. Dueren (H.) beantragt Wiederberathung der Negationsvorlage in der Form, daß von den Kreisen ein Drittel, von den Provinzen zwei Drittel der Kosten getragen werden.

Minister Miquel erklärt demgegenüber die Negationsvorlage für besser. Ein zu hoher Zuschuß der Provinzen verleihe ein unzulänglichere Einrichtung der Verpflegungseinrichtungen.

Im Verlauf der weiteren Debatte erklären sich die Abgeordneten v. Kardorff und Dr. Gerlach (H.) als prinzipielle Gegner der Verpflegungseinrichtungen. Abg. Gerlach führt aus, er habe sich schlechte Meinung angeeignet und auf der Grundlage mit den Vätern gesprochen. In habe sich ergeben, daß die Stationen überhaupt nur im Interesse der Provinzen zu bestehen, und zwar nur im Interesse der Provinzen, die die Stationen überhaupt nicht möglich ist.

Unter Ablehnung des Antrages Dueren wird § 3 in der Kommissionsfassung, also mit dem Staatszuschuß angenommen. § 7 und 8 werden entsprechend dem § 7 angenommen. Antrag Dueren geteilt.

Abg. Barthold (H.) erklärt demgegenüber die Negationsvorlage für besser. Ein zu hoher Zuschuß der Provinzen verleihe ein unzulänglichere Einrichtung der Verpflegungseinrichtungen.

Im Verlauf der weiteren Debatte erklären sich die Abgeordneten v. Kardorff und Dr. Gerlach (H.) als prinzipielle Gegner der Verpflegungseinrichtungen. Abg. Gerlach führt aus, er habe sich schlechte Meinung angeeignet und auf der Grundlage mit den Vätern gesprochen. In habe sich ergeben, daß die Stationen überhaupt nur im Interesse der Provinzen zu bestehen, und zwar nur im Interesse der Provinzen, die die Stationen überhaupt nicht möglich ist.

Abg. Gerlach (H.) tritt für den Antrag ein und erklärt sich im Prinzip gegen staatliche Regelung der Verpflegungseinrichtungen. § 2 wird in der vom Abg. v. Dueren beantragten Fassung angenommen. Nach § 3 der Kommissionsfassung sind den Kreisen alljährlich ein festgesetzter Betrag zu bewilligen, zwei Drittel der Kosten aus der Staatskasse zu decken, ein Drittel aus der Provinzialkasse zu decken. Der Staat Berlin soll seitens des Staates nur $\frac{1}{2}$ erstattet werden. (Die Negationsvorlage verteilte die Kosten auf gleichen Theilen auf Provinz und Kreis.)

Abg. v. Dueren (H.) beantragt Wiederberathung der Negationsvorlage in der Form, daß von den Kreisen ein Drittel, von den Provinzen zwei Drittel der Kosten getragen werden.

Minister Miquel erklärt demgegenüber die Negationsvorlage für besser. Ein zu hoher Zuschuß der Provinzen verleihe ein unzulänglichere Einrichtung der Verpflegungseinrichtungen.

Im Verlauf der weiteren Debatte erklären sich die Abgeordneten v. Kardorff und Dr. Gerlach (H.) als prinzipielle Gegner der Verpflegungseinrichtungen. Abg. Gerlach führt aus, er habe sich schlechte Meinung angeeignet und auf der Grundlage mit den Vätern gesprochen. In habe sich ergeben, daß die Stationen überhaupt nur im Interesse der Provinzen zu bestehen, und zwar nur im Interesse der Provinzen, die die Stationen überhaupt nicht möglich ist.

Universitäts- und Hochschularbeiten.
* Halle, 28. Juni. Der approbirt. Arzt Dr. Erhard Riedel hat in der Provinzial-Verwaltung die Stellung eines Kreisphysikus in der Provinz Westfalen und in der Provinz Pommern. Die Provinzial-Verwaltung hat die Stelle des Kreisphysikus in der Provinz Westfalen und in der Provinz Pommern. Die Provinzial-Verwaltung hat die Stelle des Kreisphysikus in der Provinz Westfalen und in der Provinz Pommern.

Wissenschaftl. Anst. Litt.
— Die an der weimarer Hochschule ausgeführte Kometenmission ist nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt. Der Interimistische Sitzung ist nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt. Der Interimistische Sitzung ist nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt.

Gerichtsverhandlungen.
Halle, 27. Juni. Schöffengericht: Entschuldigungsverfahren. Die heutige Verhandlung enthielt die Verhandlung über die Entschuldigungsverfahren. Die heutige Verhandlung enthielt die Verhandlung über die Entschuldigungsverfahren.

Halle, 27. Juni. (Banknotenfälscher.) In der heutigen Verhandlung des Prozesses gegen die Banknotenfälscher ist es nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt. Der Interimistische Sitzung ist nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt.

Halle, 27. Juni. (Banknotenfälscher.) In der heutigen Verhandlung des Prozesses gegen die Banknotenfälscher ist es nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt. Der Interimistische Sitzung ist nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt.

Provinzial-Anschichten.
H. Rammberg, 27. Juni. Der Bau der Eisenbahnlinie von Halle nach Halle wird nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt. Der Interimistische Sitzung ist nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt.

H. Rammberg, 27. Juni. Der Bau der Eisenbahnlinie von Halle nach Halle wird nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt. Der Interimistische Sitzung ist nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt.

H. Rammberg, 27. Juni. Der Bau der Eisenbahnlinie von Halle nach Halle wird nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt. Der Interimistische Sitzung ist nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt.

H. Rammberg, 27. Juni. Der Bau der Eisenbahnlinie von Halle nach Halle wird nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt. Der Interimistische Sitzung ist nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt.

H. Rammberg, 27. Juni. Der Bau der Eisenbahnlinie von Halle nach Halle wird nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt. Der Interimistische Sitzung ist nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt.

H. Rammberg, 27. Juni. Der Bau der Eisenbahnlinie von Halle nach Halle wird nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt. Der Interimistische Sitzung ist nunmehr auch auf einer Interimistischen Sitzung in Jena abgelehnt.

Nur
1 Mark
das Loos
11 Loose 10 Mark.

Wiesbadener Auguste Victoria-Lotterie

Ziehung unwiderruflich 1. Juli 1895:
Hauptgewinne i. w. von 20 000, 10 000, 5 000, 3 000 Mark etc.
Sämmtliche Gewinne mit 90% garantirt.

Original-Loose à 1 Mark, 11 Loose 10 Mark (Porto und Liste 30 Pfg.) versenden

Julius Goldberg & Cie., General-Debit, Köln a. Rh.
Hohestrasse 137.

Der Versand der Loose geschieht auch unter Nachnahme.
Briefmarken, Coupons und fremde Geldsorten werden in Zahlung genommen.

Telegramm-Adresse: „Goldquelle“.

Nächste Woche Ziehung **Schneidemühler LOOSE à 1 Mk., Haupt-Treffer 10,000 Mark**
Worth.
Grosse Luxus-Pfandmarkt-Lotterie. **LOOS 1 Mark,** 11 Loose für 10 Mk., Porto u. Liste 20 Pfg. extra, versendet noch **Nur noch geringer**
Zu haben in Halle a. S. bei **Rich. Schroedel, F. Pennemann** und den übrigen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen. Loosvorrath!

Woldemar Thoss,

Bankgeschäft, Schulstrasse 7,
empfiehlt sich zur Ausführung aller zum Bankfach gehörigen Geschäfte.

Rationelle Wasser-Beschaffung

mittels gebohrter Brunnen.

✕ Tiefbohrungen ✕

für geognostische Untersuchungen jeder Art.

H. Thumann,

Tiefbohr-Unternehmung u. Tiefbohrgeräte-Fabrik,
Halle a/S., Merseburgerstraße 39,
früher Cottbus.

Grosse Wiesbadener Augusta-Victoria-Lotterie.

Ziehung: 1. Juli 1895.

5047 Gewinne = 90 000 Mark,
Hauptgewinn 20 000 Mark.

Loose à 1 Mark bei
Halle (S.). Otto Hendel, Sortiment.

Nur noch wenige Tage! Da bereits 1. Juli Ziehung der
Wiesbadener Augusta-Victoria-Loose à 1 Mk.

5047 Gewinne im Gesamtw. 90 000 Mark
1 Hauptgewinn 20 000, 1 Hauptgewinn 10 000 Mk. u. s. w.
Loose à 1 Mk. empfehlen **Lud. Müller & Co.** Bank-
geschäft, Berlin, Schlossplatz u. hier bei: **Schröder & Simon, Gr.**
Ulrichstr. 50, Otto Hendel, Markt 24, Carl Hahn, vis-à-vis Café
Bauer, Paul Raspe, Gr. Ulrichstr. 54. (ad)

fensterreinigungs-Anstalt

der
Glaser-Firma zu Halle a. S.

Eröffnungstermin am 1. Juli d. J.

Die Anstalt empfiehlt sich zum Reinigen von Schan- und Glasten-
fenstern, Ebersteinen, Gläsern, Bierenschildern, Fensterrahmen etc.
unter Aufwendung bräuntlicher Seifen und billiger Preisstellung.
Werkstätten werden entgegenkommen von
Glasermeister **A. Schübe, Wauerstraße 5,**
und im Geschäftsbüro **C. Stachelroth, Gay 23.**
Die Anstalt bietet für sämtliche etwa durch die Schan- seiner Arbeiter
betrüffenden Schäden, mit Ausnahme solcher an Eisenblech.

Wilh. Heckert, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 62,

empfiehlt

Eiserne Bettstellen

in einfachen u. eleganten Ausstattungen mit Matratzen
von Alpengras und Rosshaar.

Eiserne Kinderbettstellen

mit Seitenhellen aus Schrauben oder Drahtgeflecht.

Polster-Bettstellen

mit Drehbän-
gen und Indulfaser-Einlage
Mk 12.—, 15.—, 18.—

Ch. A. Pasteur's Essig-Essenz

à MAX ELB in DRESDEN.
Gesündester Tafel- & Einmache-Essig.

In Originalflaschen für 10 ganze Flaschen Essig, mit Theilung zur augen-
blicklichen Bereitung je einer Flasche in richtiger Stärke für die Tafel
oder zum Fruchte-Einmachen. Vorräthig in den Sorten naturel oder
auch weinfarbig 1 M., à 1/2 Liter 1 M. 25 Pf., auf Extra naturel
1 M. 50 Pf. In Halle echt zu haben:

Adler-Apotheke, Geiſtſtraſſe,
Albert Schüller Nachf.,
Paul Kegel,
Carl Haber,
Ernst Oelſe,
E. Walther's Nachf.,
Gebr. Zorn,
Paul Rüling,
C. H. Rothe,
Julius Bettege,
Sprengel & Rink,
H. Ch. Werther & Co.,
F. A. Patz,
G. Osswald,
Wilh. Lenz,
Rich. Sachse,
H. A. Scheidelwitz Nachf.,
Ernst Walter, Drogerie, Phoenix,
Ernst John,
Franz Zinke, Drogerie,
In Gerbestadt:
R. Sander.

Hermann Lippold, Halle a/S., Bedelstraße 14.

General-Vertreter der

Raleigh, Lehr, Styria,
Victoria- u. Bielefelder Fahr-
radwerke Dürkopp & Co.



Conſtante Gebührgen. Billigſte Bezugſquelle. Fahrlehrerrecht
(Kaiser Wilhelm's-Halle). Dasselbst stehen Unterrichtsräder aus. (ad)

Christian Glaser, Halle a. S., Gr. Klausstraße Nr. 24, empfiehlt



Eis- u. Flachsenschränke

für Restaurants u. Privatgebrauch in großer Auswahl zu billigen Preisen.

Petroleum-Motor „HERCULES“

mit gewöhnlichem Lampenpetroleum unbedingt
zuverlässig arbeitend. — Petroleumverbrauch pro
Stunde und Pferdekr. ca. 1/2 Liter = 10 Pfg.
Pumpen für alle Zwecke (Dampf-,
Centrifugal-, Plunger-, Doppelt-,
Pumpen, Hof- und Küchenpumpen). Werkzeug-
maschinen für Eisen- und Metallbearbeitung.
Kostenschläge unentgeltlich und portofrei.
**Rich. Langensiepen, Magdeburg-
Buckau,**
Maschinenfabrik, Metall- u. Eisengießerei.
Prämiirt wissensch. Prüfung Deutsche Landw.-Ges. Berlin 1894. (ad)

Zur Anfertigung

von **Möbel- und Damen-Posamenten,**
als Schürze, Fransen, Quasten, Besätze etc. zu billigen Preisen,
empfiehlt sich

M. Klaus, Spiegelstraße 2.

Wittale Friedrich Thomas

U in dem Conſumenten einen Vortheil zu gewahren, gebe
ich bei Entnahme von 6 Stück Cigaretten eine gratis-
Cigarette in welcher Bretzlage. Am Lager sind von
33 bis 150 Mark pro Mille.
Halle, Geiſtſtraſſe 31.

Frische Butter auf Eis. F. H. Krause,

Gr. Ulrichstr. 40.
Seibiger Str. 96.
Alter Markt 18.

Für den Einzelgehalt verantwortlich: B. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Gensch.

Witt Unterhaltungsblatt

Für die **Reise,**
die Arbeit und das Haus
empfiehlt
Tabak-Pfeifen
in größter Auswahl billigst
4! Ernst Karras jun.,
Seibiger Str. 4. (ad)

Böhm. Bettfedern Versandhaus

Carlrich Weidenberg
Berlin N.O. Köpenickerstr. 89
berühmt ist für die feine Verarbeitung seiner
Bettfedern jeder Quantität garantirt neuer
Bettfedern, tüchtiger Bettfedern
bis zum 50 St. um 85 Pf. Preis-Darüber
bis zum 100 St. um 1.50, prima
Bettfedern für 2 Personen um
1.75, weiß. Böhm. Stuhl bis zum
1.50 und 2.00, mit 200 Stück
Bettfedern: 200 Stück
bis zum 1.50.
Bettfedern: 200 Stück
bis zum 1.50.
1. groß. Eberhart, 1 1/2 St. groß.
Stücken billigst unterbreitend.
Bettfedern und Bettdecken.
Bielefeld, Untermarktstraße.

Pelzwaren

übernimmt zum Confectioniren
Christian Voigt,
Schmerstraße 21.



Medicinal

süßes Ungar-
und Tokayer-
Weino

erfreit die älteste,
größte und beste
Special-
Ungarwein-
Handlung

von
Gustav Spöner

Halle a/S.,
Schumannstr. 111,
Telephon 225.

Ruster süßes à Fl. 150 à
Ruster Medicinal „ 175
Vollausbruch süßes „ 200
Menescher roth süßes „ 200
Tokayer R. fett „ 250
Tokayer sehr alt Medic. „ 250
Moselwein „ Fl. 75
Bordeauxweine „ 85
Rothe Ungarweine „ 100
Weißweine hochfein „ 150
St. George, Desserw. Ldl. 200
Cognac deutscher „ 200
Cognac französisch „ Fl. 40
Deutscher Seet „ 180.
Probekiste mit 12 Flaschen 5 diverse
feinster Marken bis M. 16.50 sammt
Kiste und Packung unter Nachnahme.

Tischweine

in Fässern von 25 Liter auf-
wärts liefert ab Halle a/S.
Gustav Spöner, Halle a/S.

	per Liter
Moselweine mild	50 à u. höher
Haardtweine	50 „ „
Rheingweine hochfein	65 „ „
Rothweine	75 „ „
Bordeauxweine	85 „ „
Rothe Ungarweine	100 „ „
Dalmatiner Blauweine	100 „ „
Muscat Lunel	120 „ „
Ungarweine roth süß	135 „ „
Meinckerweine hochfein	150 „ „
Cognac deutscher	150 „ „
Portwein oder Sherry	180 „ „
Marsala oder Madeira	180 „ „
Ober-Ungarweine kräftig	200 „ „
Preislisten franco u. gratis.	

Die Expeditionen der Essig-Bettung
befinden sich bei
Gr. Geiſt, Neue Promenade 1 und
Markt 34 (Wagengebäude).